

6 INDUSTRIE · DIENSTLEISTUNGEN

Weiteres Geständnis im Prozess gegen Heros



Im Untreue-Prozess um die insolvente Geldtransportfirma Heros hat ein weiterer Angeklagter ein umfassendes Geständnis abgelegt. Der 55-jährige ehemalige Niederlassungsleiter habe vor dem Landgericht das Schneeballsystem geschürt, mit dem Ende unter seiner Beteiligung - jahrelang Kundengelder veruntreut habe, sagte ein Gerichtssprecher gestern in Hildesheim. Heros hatte in den über Jahren Kundengelder abgezweigt, um Finanzlöcher der Firma zu stopfen. Später soll auch Geld an Manager gelassen sein. Zum Prozessauftakt Ende November hatte bereits der frühere Chef Karl-Heinz Weis gestanden. Er hatte angegeben, Heros sei durch einen früheren Mitarbeiter in finanzielle Schieflage geraten, weil dieser Firmengelder gestohlen habe. Die damalige Versicherung habe den Schaden nicht decken wollen. Hinzu seien Steuerschulden gekommen. Neben Weis sitzen zwei ehemalige Niederlassungsleiter der Heros-Tochter Nordcash sowie ein Prokurist wegen Untreue in besonders schweren Fällen und Bankrotts auf der Anklagebank. Ihnen drohen bis zu zehn Jahre Haft. Der Schaden belief sich auf rund 250 Mio. €. **REUTERS**

Aovo plant Börsen debut am 22. Dezember

Der Touristikdienstleister Aovo will am letzten Handelstag vor Weihnachten, am 22. Dezember, den Sprung an die Börse wagen. Interessenten können bis zum 12. Dezember maximal 200.000 Aktien zum Preis von jeweils 5 bis 7 € zeichnen, teilte Aovo gestern mit. Damit ergibt sich ein Emissionsvolumen von 1,5 Mio. €. Das Geld, das komplett in die Firmenkasse fließt, wird im Jahr 2007 gezeichnete Firma in den Ausbau des Geschäfts stecken. Die Baader Wertpapierhandelsbank begleitet den Gang in den Privatverkehr. Nach der Emission soll der Streubesitz bei 16,5 Prozent liegen. Größter Aktionär bleibt die Hochtelt Arabella, die zur Münchner Schörrhuber-Gruppe gehört. Die Analysten von Independent Research taxieren den Wert der Aktie auf 8,10 €. **REUTERS**

Ryanair verlängert Frist für Aer-Lingus-Gebot

Europas führender Billigflieger Ryanair verlängert zum zweiten Mal die Übernahmefrist für das ehemalige irische Staatsgesellschaft Aer Lingus. Die Aktionäre haben nun bis zum 22. Dezember Zeit, die Offerte über 2,80 € je Aer-Lingus-Aktie anzunehmen, teilte Ryanair gestern mit. Bislang hätten lediglich Aktionäre mit einem Anteil von 0,9 Prozent das Angebot angenommen. Die Übernahme, die Aer Lingus mit 1,48 Mrd. € bewertet, ist bei Aktionären, Mitarbeitern und Management auf erbitterten Widerstand gestoßen. Der irische Staat hält etwa 25 Prozent an der Fluggesellschaft, die Beteiligungsgesellschaft der Aer-Lingus-Mitarbeiter 12,6 Prozent. Ryanair hatte erst vor kürzester seinen Anteil auf 25 Prozent aufgestockt. **REUTERS**

Post traut sich in den USA 2008 Gewinn zu

Die Deutsche Post kommt bei der Sicherung ihres US-Expressgeschäfts schneller voran als geplant. Die US-Tochter könne die Gewinnzone in den USA in zwei bis drei Jahren - also frühestens 2008 - erreichen, sagte der zuständige Vorstand John Mullens gestern vor Investoren in New York. Bislang galt 2008 als das Jahr, in dem die schwächelnde Sparte die Gewinnzone erreichen soll. Gegenüber 2005 hätten sich die Verluste in der zweiten Jahreshälfte um 150 bis 200 Mio. \$ verringert, sagte Mullens. In Europa und Asien laufe das Express-Geschäft 2006 zudem besser als geplant. Der Aktienkurs der Post legte nach Mullens Aussagen deutlich zu und stieg zeitweise um 3,8 Prozent auf 23,40 €. Langfristig stelle der Vorstand für das US-Geschäft eine Umsatzrendite von drei bis fünf Prozent in Aussicht - deutlich weniger als die Konkurrenten UPS und FedEx. **REUTERS**



Aufnahmebericht: Das Spezialflugzeug „Beluga“ des Airbus-Konzerns im Einsatz in Berlin. Der Einstieg von Finanzinvestoren bei Airbus könnte möglich werden

EADS öffnet Airbus für Investoren

Schreckensjahr 2006 - Co-Chef Enders sieht A350-Finanzierung gesichert - A380-Frachtflieger wird gebaut

VON GERHARD HEGMANN, MÜNCHEN

Der europäischen Luftfahrtkonzern EADS steht vor einer Neuordnung seiner Finanzierungsquellen und Anteilseigner. Wie der deutsche Co-Vorstandschef Thomas Enders sagte, könne er sich auch den Einstieg potentieller Finanzinvestoren, beispielsweise aus Dubai, bei der EADS-Tochter Airbus vorstellen. EADS müsse aber weiter die uneingeschränkte industrielle Führung bei dem Flugzeugbauer haben. Nach dem Ausstieg des britischen Geschäftschefes BAE Systems ist EADS seit wenigen Wochen Allein-Eigentümer von Airbus und will das Unternehmen in den Gesamtkonzern integrieren. Nach den Vorstellungen von Enders könnten Finanzinvestoren einen Teil des Kapitalbedarfs zur Entwicklung des neuen Langstreckenjets A350XWB mit 80 Mrd. € Entwicklungskosten decken. Wie er sagte, „gibt es keinen zeitlichen Druck in der Finanzierungssphase“.

Der EADS-Verwaltungsrat hatte Ende vergangener Woche die Entwicklung der A350-XWB-Familie beschlossen. Mit den Modellen wollen die Europäer die Erfolgsmodelle 787 und 777 des US-Konzerns Boeing attackieren. Im Vorfeld des Programmstarts gab es zwischen dem privaten EADS-Großaktionären DaimlerChrysler und Lagardere (Frankreich) sowie dem französischen Staat Konflikte um die Finanzierung. Der Airbus-Chef und französische EADS-Co-Chef Louis Gallois hatte am Montag eine Kapitalerhöhung auch unter Beteiligung Frankreichs nicht ausgeschlossen. DaimlerChrysler und Lagardere wollten dagegen verhindern, dass der Einfluss des 15-Prozent-Aktionärs Frankreichs weiter steigt. Enders geht fest davon aus, dass ein von der Bundesregierung geplantes Konsortium neuer Finanzinvestoren und Banken aus Deutschland für EADS zustande kommt. Hintergrund ist die Absicht von DaimlerChrysler seinen EADS-Anteil von 22,5 Prozent auf 15 Prozent zu senken. Enders betonte seinen Standpunkt, dass er einen Ausbau staatlicher Anteile an EADS ablehnt. Wie der deutsche Vorstandschef sagte, sind die von DaimlerChrysler im Vorfeld der Konzerngründung vor sechs Jahren getroffenen schlimmsten Annahmen über die Rahmenbedingungen in der Rüstungsbranche noch übertrieben worden. Es gebe in Europa kaum

Fortschritte bei der Harmonisierung oder gemeinsamen Beschaffung. „Die Musik spielt sich nach wie vor national ab.“ Enders: „Die Überprüfung, auf die wir gesetzt haben, hat sich bestenfalls im Schneckentempo fortbewegt. Auf einigen Gebieten gab es sogar Rückschläge.“ Das auslaufende Jahr 2006 bezeichnete Enders als „annus horribilis“ (Schreckensjahr), weil die Ergebnisprognosen verfehlt würden und Verzögerungen beim Riesens Airbus A380 aufgetreten seien. Für den Fall, dass es beim A380 zudem technische Probleme grundlegen-

der Art gegeben hätte, sei sogar ein Stopp des Programms erwogen worden. Dies schloss Enders jetzt aber definitiv aus. Wie er sagte, soll auch die Frachterversion des A380 auf jeden Fall gebaut werden, obwohl es derzeit mit UPS nur noch einen Kunden für das Modell gibt. In den nächsten 20 Jahren gebe es einen Bedarf an 500 Frachtmaschinen dieser Größenordnung, begründete Enders das Festhalten an dem Plan. Obwohl Airbus jüngst über Probleme bei der Fertigstellung des Militärtransporters A400M berichtet hatte, rechnet Enders nicht mit Sonderbelastungen bei dem 20-Mrd.-€-Auftrag. Analysten der US-Investmentbank Goldman Sachs hatten dagegen die Belastungen jüngst auf 1 Mrd. € taxiert. Enders verglich den anstehenden Aufholprozess von Airbus zum US-Konkurrenten Boeing bei Langstreckenflugzeugen mit einem Marathonlauf. Er räumte ein, dass in vergangenen besseren Jahren notwendige Strukturmaßnahmen unterblieben seien. Rückblickend betrachtet, hätten vier mehr machen müssen.

www.ftd.de/debatte/69 Hat sich EADS übernommen?

Regierung sucht Käufer für Alitalia

Staat verkauft 30 Prozent - Neuer Eigner müsste Übernahmeangebot vorlegen

VON FLORIAN EDER, MAILAND

Die italienische Regierung hat angekündigt, sich von einem größeren Anteil ihrer Beteiligung an der angeschlagenen Fluggesellschaft Alitalia zu trennen als bislang geplant. Das Finanzministerium teilte gestern mit, es werde „mindestens 30,1 Prozent“ an Alitalia verkaufen. Nach italienischem Aktienrecht wäre ein Käufer somit gezwungen, ein Bar-Übernahmeangebot für die restlichen Aktien der verlustreichen Airline vorzulegen. Für mögliche Interessenten wird das Angebot dadurch noch weniger attraktiv. Sie müssten damit rechnen, andere Aktionäre teuer auszahlen zu müssen. In Erwartung eines Aufschlags bei einem Übernahmeangebot für die restlichen Aktien der verlustreichen Airline vorzulegen.

Sanpaolo-Imi-Präsident Enrico Salza gestern. Salza warnte jedoch vor überzogenen Erwartungen an ein mögliches Engagement: „Wir sind eine Bank, wir tun keine militärischen Werke. Eine Bank muss Geschäfte machen“, sagte er. Auch Fiat-Präsident Luca di Montezemolo, der von italienischen Medien selbst als einer der möglichen Käufer genannt worden war, dampfte die Hoffnung auf zahlungskräftige Investoren: „Unternehmer würden Alitalia rein unter Marktpreisbedingungen bewerten. Wir machen nicht Kamikaze“, sagte er. Christoph Kummer, Direktor des Institute of Mergers, Acquisitions

and Alliances in Wien, sieht auch nur geringe Chancen für einen Einstieg von Finanzinvestoren. „Ich weiß nicht, welcher Finanzinvestor so risikofreudig sein würde. Ich kann mir nicht vorstellen, dass man mit einem Einstieg bei Alitalia eine Wertsteigerung erzielt“, sagte er. Auch Konkurrenten blieben abwartend. Air France-KLM, die mit Alitalia eine zwei-prozentige Überkreuzbeteiligung hält, betont, Alitalia müsse zunächst aus eigener Kraft saniert werden. Zusätzlich erschwert wird der Verkauf durch die Forderung der stets streitbareren Gewerkschaften und mehrerer Minister. Alitalia solle an italienische Investoren und nur zu einem hohen Preis verkauft werden. „Alitalia darf auf keinen Preis verschleudert werden“, teilte die Gewerkschaft Cisl mit. Zudem soll ein neuer Eigner nach den Vorstellungen der Regierung die beiden Drehkreuze Rom-Fiumicino und Mailand-Malpensa weiter betreiben. Luftfahrtexperten eine Belastung für das Unternehmen.

Das Finanzministerium, Eigner von bislang 49,9 Prozent an Alitalia, forciert mit der Ankündigung indes das Tempo für einen Verkauf. Die Ausschreibung soll noch im laufenden Jahr veröffentlicht werden. Alitalia hat im vergangenen Jahr einen Verlust von 1,1 Mrd. € verbucht. Der Staat hält 49,9 Prozent an der Fluggesellschaft, die Beteiligungsgesellschaft der Aer-Lingus-Mitarbeiter 12,6 Prozent. Ryanair hatte erst vor kürzester seinen Anteil auf 25 Prozent aufgestockt.



Angebot für Freizeitpark Euro Disney bleibt aus

Pariser Börsenaufsicht startet Untersuchung

VON HELMO FISCHER, PARIS

In unter fragwürdigen Umständen angekündigtes Übernahmeangebot für den Freizeitparkbetreiber Euro Disney ist ausgeblieben. Bei der französischen Börsenaufsicht AMF ging bis Montagabend kein Gebot ein. Damit hat die Investorengruppe Center Tainment, die das Angebot angekündigt hatte, eine Frist verpasst und muss nun mindestens sechs Monate warten, bevor sie eine Offerte für das Unternehmen abgeben kann.

übernehmen. Das wäre ohnehin schwierig geworden, denn Center Tainment ist im Freiverkehr notiert. Die Börsenaufsicht wies darauf hin, dass in diesem Fall nur ein Barangebot möglich ist. Die AMF eröffnete bereits am gleichen Tag eine Untersuchung des Falls. Aus Kreisen der Börsenaufsicht verlautete, dass unter anderem wegen verdächtiger Kursbewegungen Klärungsbedarf bestehe. Die Aktien des angeschlagenen Freizeitparkbetreibers waren im Zuge der Erklärungen von Center Tainment von 0,07 € auf 0,09 € gestiegen. Gestern notierten sie wieder bei ihrem ursprünglichen Wert. Die seit September börsennotierten Aktien von Center Tainment reagierten extrem volatil. Nachdem der Kurs in den vergangenen Tagen bei fast 25 € gelegen hatte, stürzte er am Donnerstag ab und notierte gestern bei nur noch 0,20 €. Vertreter des Unternehmens waren nicht erreichbar. Euro Disney ist in Paris notiert. Der amerikanische Mutterkonzern Walt Disney hält 39,8 Prozent und verfügt die wichtigsten Lizenzen an dem Park. Weitere zehn Prozent gehören dem saudischen Prinzen al-Walid Bin Talal.

Center Tainment, ein Unternehmen mit Sitz in der Schweiz, das an der Frankfurter Börse notiert ist, hatte am Donnerstag ein Angebot für die kommenden Tage angekündigt. Die unprofessionelle Präsentation und die ungenauen Angaben hatten Investoren sowie Analysten in Erstaunen versetzt. Die AMF hatte das Unternehmen aufgefordert, nach spätestens vier Tagen ein offizielles Angebot vorzulegen. Das aus Deutschland stammende Manager von Center Tainment hatten an dem Donnerstag auf einer Pressekonferenz angekündigt, 50,01 Prozent des Freizeitparkbetreibers per Aktienkauf zu

TV-Sender warnen vor neuer EU-Regel

Fernsehrichtlinie vor wichtiger Abstimmung

VON CHRISTINE MAI, BRÜSEL

Neue EU-Vorgaben könnten es Mitgliedsländern ermöglichen, Sender aus dem Ausland zu blockieren. Davor hat gestern eine Gruppe von Medienunternehmen gewarnt, darunter RTL und Pro Sieben. 11 „Anbieter von Mediendiensten werden einer Inhaltskontrolle unterworfen“, kritisierten die Unternehmen und Verbände rund eine Woche vor einer entscheidenden Abstimmung über die neuen Regeln im Europäischen Parlament.

Die Vorgaben sind Teil der EU-Fernsehrichtlinie, die derzeit überarbeitet wird. Ziel der zuständigen Kommissarin Viviane Reding ist es vor allem, Werberegeln zu liberalisieren und damit Sendern, Produktionsfirmen und der Werbebranche entgegenzukommen. „Grundsätzlich schreibt die Richtlinie vor, dass Sender und andere Anbieter nur die Regeln umsetzen dürfen, die in dem Land gelten, in dem sie ihren Hauptsitz haben. Die Unternehmen monieren, der aktuelle Textentwurf lasse den einzelnen Mitgliedsstaaten zu viel Spielraum, das Senden aus dem EU-Ausland zu unterbinden. Die müssten dafür leibliche Gründe des allgemeinen öffentlichen Interesses“ anführen. „Wir haben eine lange Tradition, über Ländergrenzen hinweg tätig zu sein“, erklärte RTL. „Wir hoffen, dass die bestehenden Regeln weiter existieren.“

Unbegündete Bedenken

Die zuständige Berichterstatterin im Parlament, die CDU-Abgeordnete Ruth Hieronymy, hält die Sorge für unbegründet. Mitgliedsländer könnten das Hineinsenden aus dem Ausland nur in jenen Fällen einschränken, in denen etwa ein Sender seinen Sitz nur dorthin verlegt, um strengerer Regeln in dem jeweiligen Land zu entgehen. „Die Einschränkung ist nur möglich, wenn ein solcher Missbrauch vorliegt“, sagte Hieronymy der FT. Sie will erreichen, dass dies im Text, den das Parlament nächste Woche verabschiedet, noch deutlicher gemacht wird.

Die Abgeordneten werden im Rahmen dieser Abstimmung auch Pläne annehmen, die Produktplatzierung in vielen Fernsehprogrammen zu erlauben. Dieses Vorhaben ist besonders in Deutschland umstritten, vor allem nach einem Skandal um Schleicherwerbung in der ARD-Serie „Marlene“ im vergangenen Jahr. Kritiker befürchten, die Trennung zwischen Programm und Werbung aufzuheben.

# Regierung sucht Käufer für Alitalia

Staat verkauft 30 Prozent · Neuer Eigner müsste Übernahmeangebot vorlegen

VON FLORIAN EDER, MAILAND

Die italienische Regierung hat angekündigt, sich von einem größeren Anteil ihrer Beteiligung an der angeschlagenen Fluggesellschaft Alitalia zu trennen als bislang geplant. Das Finanzministerium teilte gestern mit, es werde „mindestens 30,1 Prozent“ an Alitalia verkaufen. Nach italienischem Aktienrecht wäre ein Käufer somit gezwungen, ein Bar-Übernahmeangebot für die restlichen Aktien der verlustreichen Airline vorzulegen.

Für mögliche Interessenten wird das Angebot dadurch noch weniger attraktiv. Sie müssten damit rechnen, andere Aktionäre teuer auszahlen zu müssen. In Erwartung eines Aufschlags bei einem Übernahmeangebot stieg der Kurs der Alitalia-Aktie gestern um 6,4 Prozent auf 1,02 €. Aus der Mitteilung geht hervor, dass die Regierung einen einzelnen Käufer für das Paket sucht.

Bislang ist jedoch kein Interessent für Alitalia abzusehen. Das Unternehmen krankt an hohen Kosten und fährt seit Jahren nur Verluste ein. Heute wollen jedoch die Spitzen der fusionierenden Banken, Sanpaolo Imi und Banca Intesa, ein mögliches Gebot für die ehemalige Staatsfluglinie diskutieren, sagte

Sanpaolo-Imi-Präsident Enrico Salza gestern.

Salza warnte jedoch vor überzogenen Erwartungen an ein mögliches Engagement: „Wir sind eine Bank, wir tun keine mildtätigen Werke. Eine Bank muss Geschäfte machen“, sagte er. Auch Fiat-Präsident Luca di Montezemolo, der von italienischen Medien selbst als einer der möglichen Käufer genannt worden war, dämpfte die Hoffnung auf zahlungskräftige Investoren: Unternehmer würden Alitalia rein unter Marktgesichtspunkten bewerten. „Wir machen nicht Kamikaze“, sagte er.

Christoph Kummer, Direktor des Institute of Mergers, Acquisitions

and Alliances in Wien, sieht auch nur geringe Chancen für einen Einstieg von Finanzinvestoren. „Ich weiß nicht, welcher Finanzinvestor so risikofreudig sein würde. Ich kann mir nicht vorstellen, dass man mit einem Einstieg bei Alitalia eine Wertsteigerung erzielt“, sagte er.

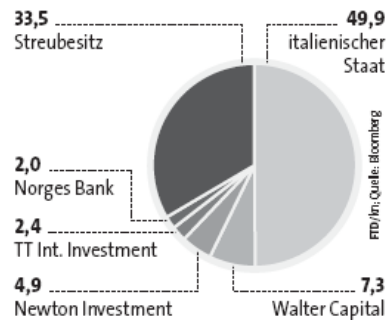
Auch Konkurrenten blieben abwartend. Air France-KLM, die mit Alitalia eine zweiprozentige Überkreuzbeteiligung hält, betont, Alitalia müsse zunächst aus eigener Kraft saniert werden.

Zusätzlich erschwert wird der Verkauf durch die Forderung der stets streikbereiten Gewerkschaften und mehrerer Minister, Alitalia solle an italienische Investoren und nur zu einem hohen Preis verkauft werden. „Alitalia darf um keinen Preis verschleudert werden“, teilte die Gewerkschaft Cis mit. Zudem soll ein neuer Eigner nach den Vorstellungen der Regierung die beiden Drehkreuze Rom-Fiumicino und Mailand-Malpensa weiter bedienen, laut Luftfahrtexperten eine Belastung für das Unternehmen.

Das Finanzministerium, Eigner von bislang 49,9 Prozent an Alitalia, forciert mit der Ankündigung indes das Tempo für einen Verkauf. Die Ausschreibung solle noch im laufenden Jahr veröffentlicht werden.

## Halbstaatlich

Aktionärsstruktur von Alitalia, Anteile in %



## Regierung sucht Käufer für Alitalia

Staat verkauft 30 Prozent · Neuer Eigner müsste Übernahmeangebot vorlegen

von Florian Eder

Die italienische Regierung hat angekündigt, sich von einem größeren Anteil ihrer Beteiligung an der angeschlagenen Fluggesellschaft Alitalia zu trennen als bislang geplant. Das Finanzministerium teilte gestern mit, es werde „mindestens 30,1 Prozent“ an Alitalia verkaufen. Nach italienischem Aktienrecht wäre ein Käufer somit gezwungen, ein Bar-Übernahmeangebot für die restlichen Aktien der verlustreichen Airline vorzulegen.

Für mögliche Interessenten wird das Angebot dadurch noch weniger attraktiv. Sie müssten damit rechnen, andere Aktionäre teuer auszahlen zu müssen. In Erwartung eines Aufschlags bei einem Übernahmeangebot stieg der Kurs der Alitalia-Aktie gestern um 6,4 Prozent auf 1,02 €. Aus der Mitteilung geht hervor, dass die Regierung einen einzelnen Käufer für das Paket sucht.

Bislang ist jedoch kein Interessent für Alitalia abzusehen. Das Unternehmen krankt an hohen Kosten und fährt seit Jahren nur Verluste ein. Heute wollen jedoch die Spitzen der fusionierenden Banken, Sanpaolo Imi und Banca Intesa, ein mögliches Gebot für die ehemalige Staatsfluglinie diskutieren, sagte Sanpaolo-Imi-Präsident Enrico Salza gestern.

Salza warnte jedoch vor überzogenen Erwartungen an ein mögliches Engagement: „Wir sind eine Bank, wir tun keine mildtätigen Werke. Eine Bank muss Geschäfte machen“, sagte er. Auch Fiat-Präsident Luca di Montezemolo, der von italienischen Medien selbst als einer der möglichen Käufer genannt worden war, dämpfte die Hoffnung auf zahlungskräftige Investoren: Unternehmer würden Alitalia rein unter Marktgesichtspunkten bewerten. „Wir machen nicht Kamikaze“, sagte er.

Christoph Kummer, Direktor des Institute of Mergers, Acquisitions and Alliances in Wien, sieht auch nur geringe Chancen für einen Einstieg von Finanzinvestoren. „Ich weiß nicht, welcher Finanzinvestor so risikofreudig sein würde. Ich kann mir nicht vorstellen, dass man mit einem Einstieg bei Alitalia eine Wertsteigerung erzielt“, sagte er.

Auch Konkurrenten blieben abwartend. Air France-KLM, die mit Alitalia eine zweiprozentige Überkreuzbeteiligung hält, betont, Alitalia müsse zunächst aus eigener Kraft saniert werden.

Zusätzlich erschwert wird der Verkauf durch die Forderung der stets streikbereiten Gewerkschaften und mehrerer Minister, Alitalia solle an italienische Investoren und nur zu einem hohen Preis verkauft werden. „Alitalia darf um keinen Preis verschleudert werden“, teilte die Gewerkschaft Cis mit. Zudem soll ein neuer Eigner nach den Vorstellungen der Regierung die beiden Drehkreuze Rom-Fiumicino und Mailand-Malpensa weiter bedienen, laut Luftfahrtexperten eine Belastung für das Unternehmen.

Das Finanzministerium, Eigner von bislang 49,9 Prozent an Alitalia, forciert mit der Ankündigung indes das Tempo für einen Verkauf. Die Ausschreibung solle noch im laufenden Jahr veröffentlicht werden.